

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbar.

Preise: Die dreimonatliche Heftzeitung 25 Hfr. — 20 Flg.

1885.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 27. August

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Er scheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Weissbuchhandlung Göttingen-Zürich.

Nr. 35.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verbreitet ist, begibt derselbe sich...

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag setzen abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Adressenliste...

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Kanaille.*)

's ist die Kanaille, die seit alten Tagen Segel für die Menschheit Geist und Körper ein, Aus ihren Reihen können bittere Klagen...

's ist die Kanaille, die euch Schläffer baut, Euch Kränze läßt erheben aus dem Sand, Wohin ihr blickt — ihr Werz ist's, das ihr schaut...

Kaum ist der Wiege unser Kind entlaufen, Rührt sich's schon ab im Dienst der Industrie, Im Mutterchose schon thut sie es taufen...

Wer war im Krieg noch Held des Landes Hüter, Bergoß auf euren Wund der Brüder Blut? Wer schützte mit seinem Leben eure Güter?

Hat die Kanaille sie nicht euch gegeben, Vor deren Werken ihr die Knie beugt? Ein Watt, der die Raschne rief in's Leben...

Sie ist die Macht, sie die Vernunft, das Leben, All-Schöpferin ist ihre reiche Hand, Das Key des Weltverkehrs, sie that es weben...

Doch endlich lernt auch die Kanaille denken, Sie ist erwacht, ihr Schweigen ist nur Schein, Sie will ihr Schicksal jezo selber lenken...

* Wir entnehmen die vorstehende Uebersetzung der „Karl-Lause“ der hiesigen Arbeiter dem hiesigen Kurzen erscheinenden Heft 6 der Gedichtsammlung „Vorwärts“.

Zur Erläuterung des sozialistischen Programms.

Wir haben gezeigt, daß die Forderung der Sozialströmung — zu Deutsch Vergesellschaftung — der Produktionsmittel auf dem Wege der Expropriation eine Forderung der Nothwendigkeit ist...

Schon die Gegenwart liefert uns dafür eine Reihe von Beispielen.

Wir sehen schon heute, wie in den am meisten entwickelten Zweigen der Industrie die Produktionsmittel dem einzelnen Besitzer über den Kopf wachsen; nur die Vereinigung einer Anzahl von Kapitalisten in Aktien- und Kommanditgesellschaften vermag ihrer Herr zu werden...

Der Gewinn der Produkte gebührt nach den Gesetzen der bürgerlich-kapitalistischen Welt dem Unternehmer. In der Aktiengesellschaft sind die tausend und mehr Aktionäre der Unternehmer, obwohl sie mit der Leitung und dem Betrieb des Unternehmens nicht das Geringste zu thun haben...

Aber nach innen weist die Aktiengesellschaft, wie gesagt, bereits die wesentlichsten Elemente der sozialistischen Produktion auf. Hier kennt sie keine Unternehmer; nicht der Kapitalist, sondern ein oder mehrere Beamte leiten den Betrieb...

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit macht aber auch bei den Aktiengesellschaften nicht Halt. Der Konkurrenzkampf, der zu immer weiterer Veredlung der Produktionsmittel, zur Produktion auf immer größerer Stufenleiter, treibt...

Ran macht heute vielfach den Versuch, durch Kartellverträge der großen Fabriketablissemens die verheerenden Wirkungen des blindwüthenden Konkurrenzkampfes abzumildern...

Aber diese Kartellverträge — und man hat sogar schon internationale Verträge dieser Art abgeschlossen, wir erwähnen nur den Kartellvertrag der Eisenbahnschienenfabrikanten — halten immer nur für eine gewisse Zeit vor...

Befolgen wir uns aber diese Kartellverträge etwas näher, — was sind sie anders als krampfhafteste Versuche, innerhalb des Rahmens der bürgerlich-kapitalistischen Produktion das Hauptgesetz derselben — die vielberühmte freie Konkurrenz — aufzuheben?

Während nun im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf die Expropriation der Kleinen durch die Großen ohne Entschädigung vor sich geht, sehen wir, wie bei den Verstaatlichungen unserer Tage der Staat in Punkte der Entschädigungen sich keineswegs „lumpen“ läßt...

Es liegt jedoch auf der Hand, daß eine solche Art der „Vergesellschaftung“ nicht nur nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, sondern sogar in gewisser Beziehung gegen dasselbe verstoßt.

Die heutige Form der Verstaatlichung ist somit ebenso wenig gerecht, als sie auf eine Lösung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit abzielt. Sie geschieht, wenn nicht ausschließlich im Interesse der herrschenden Klasse, der kapitalistischen Ausbeuter, so doch zum mindesten nicht gegen das Interesse derselben.

Die Auffklärung der Arbeiterklasse über den Weg zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Befreiung ist daher die unerlässliche Vorbedingung dieser Befreiung. In den Händen einer unwissenden, unklaren Masse wird die Gewalt immer nur ephemerer Demagogen für ihre schmutzigen Pläne zu Gute kommen...

Produktionsweise, sondern auch die Austausch- und Aneignungsweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Daß dabei von einem Abtaufen nach Art der heutigen Verstaatlichung nicht die Rede sein kann, ergibt sich nach dem Vorausgesetzten von selbst.

Aber, hört man oft fragen, wie soll der Staat die Riesenaufgabe bewältigen, welche darin besteht, die Produktion und die Verteilung der Produkte zweckmäßig zu leiten? Werden sich nicht Mißstände herausbilden, viel schlimmer als die Uebel, an denen die heutige Gesellschaft krank?

Darauf ist zu erwidern, daß wir uns durchaus nicht einbilden, daß plötzlich mit einem Schlage an Stelle von durch und durch zerrütteten Gesellschaftsbeziehungen, wie das kapitalistische System sie gezeitigt, ein vollkommenes Gesellschafts-Ideal treten werde...

Weiter. Welches sind die wesentlichsten Ergebnisse der Großproduktion? Die Artikel des Massenbedarfs. Dadurch, daß der Staat die Herstellung und zweckmäßige Verteilung dieser in die Hand nimmt, geht er gerade den Uebelständen zu Leibe, unter denen in der heutigen Gesellschaft die übergroße Mehrheit am meisten leidet.

Ebenfalls ganz zwecklos ist der Streit über die Frage, welches System der Bezahlung der Arbeitsleistungen in Zukunft gewählt werden wird: ob man sofort das Prinzip der absoluten Gleichheit der Einkommen proklamiren oder ob man Prämien für außerordentliche Leistungen oder besonders unangenehme Arbeiten aussetzen wird...

Die gesellschaftliche Regelung der Produktion schließt selbstverständlich die Regelung der Arbeitsverhältnisse, sowohl was die Arbeitszeit, als auch was die Arbeitsentschädigung anbelangt, in sich. Und daß diese Regelung nicht die Interessen der Arbeiter verletzen wird, dafür bürgt der Umstand, daß es die Arbeiterklasse selbst ist, welche dieselbe vornehmen wird.

Uebrigens, sobald einmal die antikapitalistische Regelung der Produktionsverhältnisse in Angriff genommen ist, ist der wichtigste Schritt zur Emancipation der Arbeiterklasse geschehen. Worunter sie heute am schwersten leidet, ist die Produktionsanarchie und das Ausbeutungssystem. Ist dieser Alp von ihr entfernt, ist sie erst einmal Herrin des Produktionsprozesses, dann wird das Uebel sich schon finden.

Spekulativ, in ihrem Kopf, haben zu allen Zeiten sich einzelne Menschen über gewisse Uebergangsstadien hinweggesetzt, aber noch stets hat die Praxis solchen spekulativen Phantasten einen grausamen Strich durch die Rechnung gemacht.

Tages Träumen ist der Todsein allen konkreten Denkens. Letzteres aber ist es, was der Arbeiterklasse noththut. Ohne konkretes Denken keine Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, und ohne diese kein planmäßiges, zielbewusstes Handeln, das Hauptforderndes der Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Befreiung der Produktionsmittel durch die organisierte Gesellschaft ist heute kein utopisches Zukunftsideal mehr, sie ist ein Gebot der Nothwendigkeit für die Weiterentwicklung der Gesellschaft geworden, das einzige Mittel gegen die vollständige Verpauperisierung der Arbeiterklasse. Soll sie zur Durchföhrung gelangen, so ist dazu nothwendig, daß die Arbeiterklasse, in deren Interesse sie liegt, zur politischen Macht gelangt. Und zur politischen Macht genügt nicht die brutale Gewalt, sondern es ist auch erforderlich, daß man genau weiß, was man will und erstrebt.

Die Auffklärung der Arbeiterklasse über den Weg zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Befreiung ist daher die unerlässliche Vorbedingung dieser Befreiung. In den Händen einer unwissenden, unklaren Masse wird die Gewalt immer nur ephemerer Demagogen für ihre schmutzigen Pläne zu Gute kommen, nur in den Händen zielbewußter Kämpfer wird

se, um mit Marx zu reden, zur Geburtshelferin der alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.

Im Schooße der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft haben sich die Keime zu einer neuen, zur sozialistischen Gesellschaft, heranentwickelt. Immer näher rückt die Stunde, da die reifgeordnete Frucht die kapitalistische Hülle zu sprengen drängt, um Luft und Licht für eine gesunde, kräftige Weiterentwicklung zu erlangen. Der geburtsärztliche Akt aber, der dazu erforderlich ist, heißt:

Die Expropriation der Expropriateurs.

Sozialpolitische Rundschau.

Bärisch, 26. August 1885.

Kremier, so heißt die neueste Etappe des kämpfenden Despotismus. Billny, Karlsbad, Verona, Kagen, Olmütz, Skierniewice und jetzt Kremier — das sind die Haltepunkte der Gewalttätigkeit, wo sie zusammenkommen, um einen Gewalttätiger zu berathen, neue Verschönerungen anzusetzen. Es ist aber umgekehrt mit diesen Etappen des Despotismus, wie mit den Etappen des lebenden Christus, der ja, wie das Kinnemärchen besagt, die lebende Menschheit vorstellen soll. Sie führen nicht aufwärts, sondern abwärts. Es geht abwärts mit dem nationalen und internationalen Despotismus. Vom kämpfenden Despotismus sprechen wir. Ja, er kämpft. Doch während er früher um den Sieg kämpfte, kämpft er jetzt nur noch um sein Leben. Nicht mehr hoffnungsvolle Weiterentwicklung treibt die verschworenen Despoten zusammen, sondern die Blasse, zitternde Angst. Und die Blasse, zitternde Angst ist, die das Wort führt bei ihren Beratungen.

Lesen die Schilderungen der Monarchenunionskämpfe der früheren Zeit — der guten alten Zeit: Glockengeläute, feierlicher Einzug, jubelnde Einwohner, gnädige Verablassung der Despoten, die lustvoll mit dem „Volk“ verkehrten — wie weiland die Götter des Olymp mit den Sterblichen. Das ist anders geworden. Wohl heißt auch heute nicht am Glockengeläute und am feierlichen Einzug. Was das Geld erkaufen, der Despotismus erzwingen kann — das wird gelassen, und der Luxus ist ja beständig im Steigen. Aber wo sind die jubelnden Einwohner? Wo ist der „herablassende“ Verkehr der Despoten mit dem Volk, der Olympier mit der, ob der Herablassung entzückten „Kanaille“? Das Volk fehlt, und die Kanaille ist zwar da, allein es ist nicht die „bürgerliche“ Kanaille, sondern die Kanaille mit Ordensfäden und Uniform — Militäruniform, Polizeiform, und was keine Uniform trägt, das trägt das konfisierte Gesicht, den scheuen, spitzbübischen, feig-frechen Blick des — Spießhais. Soldaten, Diplomaten, Bureaukraten und Polizeisten — öffentliche und geheime — das ist das „Volk“, das ist die Kanaille. Und verirrt sich zufällig ein Mann ohne Uniform, der nicht das konfisierte Spießgesicht hat, in diese Gesellschaft, so umkreist ihn plötzlich die Horde der Despoten und Geheimen (die glücklicherweise durch ihre konfisierten Gesichter zum Mindesten so öffentlich gemacht werden wie die anderen) — er wird von Hunderten spähender Augen verfolgt, von Hunderten höfischer Hören belauscht, und bei der geringsten „verdächtigen“ Bewegung von Dutzend röhren häuften gepackt, mißhandelt, auf die Wache geschleift. Und es geschieht ihm recht; denn ehrliche Leute gehören nicht in diese Gesellschaft.

Sonst und jetzt!

In Billny, Kagen, Karlsbad, und wie die Stätten der Schmach alle heißen mögen — das Volk demüthigt, unterwürdig, im Staub der Despoten anbetend, und der freie Despotismus die Herrschaft der Welt hoffend, die „Heilige Allianz“ träumend —

In Skierniewice und Kremier — ein paar Blasse, zitternde Despoten, denen um ihr elendes Leben bangt, und die man fast bemitleiden könnte, wenn sie nicht wären, was sie sind.

Les Dieux s'en vont — ja es ist wahr, die Götter des Himmels und der Erde, sie sind im Abscheiden; selbst der tollste Särgenwahnsinn in seinem tollsten Weinrausch glaubt heute nicht mehr an die Möglichkeit der Heiligen Allianz. Die irdische Allmacht ist, gegenüber den „von unten herauf“ wirkenden Elementarkräften, zur Ohnmacht geworden. Das Paar Despoten, das dieser Tage zu Kremier in Erinnerungen an die vergangene „Größe und Herrlichkeit“ schwelgt und die Sorgen der Gegenwart zu verjagen sucht, — es liest auf jedem Polizeihelm ein Memento mori, in jedem Spießgesicht das Memo Memo Tokol. Und der Andere, den die Kräfte von der gleißenden Masketade fern halten, — er stellt in seiner eigenen gebrechlichen Person so recht anschaulich dar die Gebrechlichkeit des Systems, das in ihm und seinen Kollegen verkörpert ist.

Genug — die Götter sind im Abscheiden, und Kremier, die

neueste Orgie des Despotismus, ist nur eine Etappe — im Todtentanz des Despotismus.

Eine der letzten — dafür bürgt uns der Wellenschlag der andrängenden Fluth.

— Immer voran! Die Nachwahl im ersten nassauischen Wahlkreis (Süd-Nassau) hat ein für unsere Partei höchst günstiges Resultat ergeben. Die Zahl der für unseren Kandidaten Fleischmann abgegebenen Stimmen hat sich seit der letzten Wahl um nicht weniger als 40 Prozent gehoben, während die allgemeine Wahltheilnahme eine weit geringere war als im vorigen Jahre. Seit 1874, wo zum ersten Male in diesem Wahlkreise sozialistische Stimmen abgegeben wurden, hat sich die Zahl derselben folgendermaßen gestellt:

Table with 6 columns: Year (1874, 1877, 1878, 1881, 1884, 1885) and corresponding number of votes (56, 755, 1292, 770, 8068, 4255).

Die „Frankfurter Zeitung“ dürfte daher nicht Unrecht haben, wenn sie bei Besprechung des Wahlergebnisses zu dem Schluß kommt, daß bei der nächsten Wahl die Sozialdemokratie als mindestens zweitstärkste Partei zur Stichwahl kommen wird.

Dazu rufen wir den waderen Genossen dort schon heute ein herzliches Glück zu.

— Ein Meisterstück. Wir erboten uns in der vorigen Nummer, der „Norddeutschen“ und ihren Mitarbeitern einen Kursus in der Kunst jesuitischer Kasuistik zu erteilen. — wir müssen heute unser Anerbieten beschränkt zurückziehen — beschränkt, weil es eine bodenlose Ueberhebung war. Diezen Leuten in Punkt Spiegelgeschichte Lehren erteilen wollen, hiesse einer Bande ergrauter Langinger Vorträge über die Kunst der Unterjochung fremder Völker anbieten. Sie haben nichts mehr zu lernen, sie sind in ihrem Genre Meister.

Ein wahres Meisterstück auf dem Gebiete der Kasuistik, um das ein Escobar den Verfasser beneiden könnte, finden wir neuerdings mitgetheilt in einer Notiz der „Berl. Volksztg.“ über den Rechenschaftsbericht der Konservativen des preussischen Landtags.

„So ist man“, schreibt das fortschrittlich-demokratische Blatt, „in der Kilmarsk stark vor den Kopf gestoßen, weil das herrschaftliche Wohnhaus eines in diesem Frühjahr vielgenannten Rittergutes an der Elbe — beläufig ein Prachtstück, dessen sich ein englischer Lord nicht zu schämen hätte — bei den Gebäudesteuerveranlagung als „Speicher“ deklarirt worden ist. Dieser Groll ist insofern nicht recht verständlich, als die vom allgemeinen Sprachgebrauch allerdings erheblich abweichende Bezeichnung jenes Gebäudes wohl nicht mit dem Unterschiede zusammenhängt, den die Gebäudesteuer zwischen Wohnhaus und Speicher macht, sondern sich einfach daraus erklärt, daß der Besitzer des betreffenden Gutes seinen ständigen Wohnsitz an anderen Orten hat, und insofern jenes Landhaus nur als Speicher für Räder betrachten mag. Aber trotz dieser naheliegenden Verschwindungsgründe fühlt man sich gekränkt in der Vorstellung, daß es nur ein „Speicher“ gewesen sein soll, um den die nationale Begeisterung in einem ihrer angelegentlichsten Hänge wochenlang gekreist hat.“

Was das für ein „Speicher“, und wer der Besitzer desselben ist, darüber ist nach dem Schlußsatz ein Zweifel nicht mehr möglich. Wer könnte auch sonst einen solchen Kriß, sich um Steuern herumzudrücken, ausüben, als der Mann, „der die Zeit gar nicht erwarten“ konnte, wo die Konsumartikel der großen Masse gehörig besteuert wurden: Deutschlands großer Staatsmann und Sozialreformer?! Schloß Schönhausen ein Speicher — das ist in der That genial. Gegen solche Auslegungskünste kommt Niemand auf.

Und auch nicht gegen die Dreißigkeit, mit der sie ausgeübt werden. Aber freilich, wer die Bismarckspende unter den Umständen, wie sie erpreßt wurde, annahm, von dem sind auch solche Manipulationen, sich um die Steuern herumzudrücken, nichts Unerhörtes, zumal die Presse in Deutschland geknebelt genug ist, um die nöthigen Kommentare hübsch unterlassen zu müssen.

— La propriété c'est le vol — das Eigenthum ist Diebstahl, oder in hochdeutscher Sprache überetzt: Daum cuique — Jedem das Seine! nämlich nehmen, das ist so recht eigentlich die Devise der heutigen Gesellschaft, des heutigen Staats. Und da Preußen der Musterstaat ist, so muß es natürlich im Punkte des Diebstahls und des Jedem das Seine nehmen auch Musterhaftes leisten. Die neueste Leistung auf diesem Gebiete, eine wahre Meister- und Musterleistung, ist soeben in Breslau verübt worden: durch die in voriger Nummer gemeldete Schließung der Druckeri Silesia. Diese Druckeri gehört dem Reichstagsabgeordneten Kräcker. Sie gehört ihm als Eigenthum nach dem Buchstaben und nach dem Geiste des Gesetzes. Seine Rechtstitel sind unanfechtbar — nach dem Buchstaben und Geiste des Gesetzes.

Aber — die Polizei nimmt an, daß die Druckeri sozialistische Bestrebungen förderlich sei, und da wird denn das Gesetz mit Füßen getreten, und das Eigenthum Kräcker's einfach gestohlen.

ziehen; die Nothwendigkeit wird bei demselben entscheiden, die Ruhe des Kabinetts den Ueberraschungen ein Ende machen.“ (Bericht vom 1. Februar 1793).

Dementisprechend ordnete ein Konventsbeschuß vom 27. Juni 1793 die Schließung der Börse an, die sich seit dem 24. September 1791 im Hotel Nevers befand, der gegenwärtige Platz der Nationalbibliothek.)

Aber der Konvent blieb dabei nicht stehen. Wenige Wochen nach Schließung der Börse sagte Cambon auf der Tribüne:

„Es findet in diesem Augenblick ein Kampf auf Leben und Tod statt zwischen allen Geldmählern und der Befestigung der Republik. Wir müssen somit diese Gesellschaften, die den öffentlichen Kredit untergraben, vernichten, wenn wir das Reich der Freiheit errichten wollen.“ (Sitzung vom 24. August 1793).

Diesen Worten gemäß dekretirte der Konvent: „Die Gesellschaften, deren Grundkapital in Aktien auf den Inhaber, in veräußerlichen Effekten oder in Eintragungen in ein nach Belieben übertragbares Buch bestehen, sind aufgehoben.“ (Beschuß vom 24. August 1793).

Während der Dauer des Börsenschlusses fanden die sehr beschränkten Spekulationen in Assignaten und den wenigen Fondstiteln heimlich im Palais Royal statt, unter Aktionären, welche selbst das Revolutionstribunal, das doch gewiß nicht sparte und oft seine eiserne Faust auf sie legte, nicht genigend abschreckte.

Dabei war das Spekulationsobjekt, das „Material“ für das Agio, recht mager, wenn es folgendem Kursblatt einer Börse im Jahre 1792 entspricht:

Table with 2 columns: Item (Indische Kompagnie, Aktie von Livr. 2500 zu, Die halbe Aktie von Livr. 1600 zu, Der Antheilshain, Neue Indische Aktien, Diskontokasse, Pariser Wassergesellschaft, Patriotische Kasse, Feuerversicherung von Livr. 390 zu, Lebensversicherung von Livr. 370 zu) and Price (Livre 1800, 1200, 250, 930, 1650, 410, 618, 355, 380).

Ran sieht, unter der eigentlichen Glanzperiode der Revolution waren keine besonderen Profits zu machen.

Nach dem Thermidor sollten die Geldleute Jaber entschädigt werden.

*) Die Handelsbörsen sind älter, als man gewöhnlich glaubt. Ein Institut dieser Art existirte schon zu Rom seit den frühesten Zeiten der Republik unter dem Titel collegium mercatorum (Versammlung der Händler). In Frankreich nahmen die Vereinigungen der Kaufleute unter Philipp dem Schönen — diesem ersten Bourgeoiskönig — ihren Anfang und fanden an der Wechselbrücke statt. Aber erst 1724 ward der Sitz des Wechselverkehrs ein für allemal nach Paris verlegt und erhielt den Titel Börse. Diese Börse war nicht öffentlich. Seine Majestät verbot, „daneben den Preis irgend eines Effekts mit lauter Stimme auszurufen, irgend ein Zeichen oder eine Handbewegung zu machen, um den Preis desselben zu steigern oder zu drücken“, welche Vorschriften natürlich umgangen wurden.

Ein kräftiger, größerer, gemeinerer Diebstahl kann nicht geduldet werden.

Ob die Gerichte Ja und Amen dazu sagen werden? Wir wissen es nicht. Den Richtern des modernen Klassenstaates ist Alles zu vertrauen. Wie aber auch die Entscheidung ausfallen möge, der preussische Musterstaat hat durch seine Polizeiorgane auf das Staatamt bedundet, daß der Satz: Das Eigenthum ist der Diebstahl, den Fundamentalfest seines Programms bildet.

Zum Schluß möchten wir noch fragen: Welcher wesentliche Unterschied ist zwischen dem Raub, welchen der preussische Staat jetzt in Breslau begangen hat, und zwischen dem Raub, welchen die Anarchisten bei Kerstallinger, Eiserl u. s. w. begangen haben?

Herr von Puttkamer hat seinen anarchischen Lieblinges jedenfalls nichts vorzuwerfen.

— Der Ottospennig, das heißt der Ueberschuß aus demselben über die zum Ankauf des samosen „Speichers“ Schönhausen erforderliche Summe, wird also thatsächlich, wie wir seither voraussetzten, einem Privatpensionsfonds des großen Otto, desgem. der Dynastie Otto des Großen, vorbehalten. Seine allerhöchste Majestät haben bereits geruht, durch Kabinettsordre vom 8. August die Genehmigung zu erteilen, d. h. auf Kommando des Hausmeiers ja und amen zu sagen. Nach dem Status höherer samosen Stiftung hat dieselbe folgenden Zweck: „Deutschens einen höheren Lehrfach sich wählenden jungen Männer soll vor dem Antritt einer besoldeten Anstellung Unterstützung, oder (wenn sich nämlich keine Liebhaber für Stipendien aus diesem Fonds finden) höheren Lehrmitteln Beihilfe für deren Lebensunterhalt und zur Erziehung der Kinder gewährt werden. Der Sitz der Stiftung ist Schönhausen, das Kapital beträgt 1,200,000 Mark und Stiftung verwaltet ist der Reichsfanzler, später der Nachkomme welcher Schönhausen erhält. Die Unterstützungen betragen jährlich 1000 R. und werden nach Ablegung der Staatsprüfung bis zum Antritt einer besoldeten Anstellung oder höchstens auf sechs Jahre gewährt. Der Stiftungsvorsteher kann auch angelegentlich Lehrern Stipendien für Keilen und deren Söhnen Universitätsstipendien gewähren. Die Vertheilung auf die Einzelstaaten soll nach dem Maßstabe der Bevölkerung oder der Zahl der Lehranstalten erfolgen. Die erste Vertheilung findet am 1. Oktober 1885 statt.“

Wenn irgend ein Millionär zu irgend einem gemeinnützigen Zweck eine Summe Geldes aus seiner Tasche hergibt, dann pflegt er die zweckgemäße Verwaltung desselben einem Kuratorium zu übertragen, das ihm Garantie für unparteiische Verwendung bietet. So handelt wenigstens jeder, dem es auf die Sache ankommt. Beim Ottospennig der zur größeren Ehre Ottos aus anderer Leute Taschen zusammen gescharrt wurde, kann von so veralteten Anstandsgriffen keine Rede sein. Unparteiische Verwendung? Pah! Das Geld ist für mich, des großen Otto, gesammelt worden, und ich, der ich weiß, was man mit Geld alles — kaufen kann, werde nicht so ein Narr sein, meinen Grundstücken „Halle, was du hast“, aus purer Rücksicht auf überlebende Grundstücke untreu zu werden. Schlimm genug, daß nicht die ganze Summe bis auf den letzten Heller in meinen Saß fließt. Rücksicht auf die Sache? Hier handelt es sich nur um eine Sache und die heißt Bismarck. Die Schuldsucher an sich sind dabei höchst gleichgültig, wenn aber ein Bismarck alljährlich so und so viel Stipendien an strebsame Jünger des höheren Lehrfachs zu vergeben hat, dann heißt das eine Erweiterung des Bismarckschen Einflusses, der nicht zu verachten ist. Und darum bleibt die Dynastie Bismarck Stiftungsvorsteher.

So hat denn der Ottospennig seinen Zweck herrlich erfüllt: für die Durchlaucht den Begeisterungsspeicher, und für das deutsche Volk einen Fonds zur Korruption der Bildner seiner heranwachsenden Intelligenz. Nicht, was willst du noch mehr?

— Das Sozialistengesetz richtet sich nicht gegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter, die von den Umsturzbestrebungen sehr wohl zu trennen sind — das ist und tausendmal amtlich und nicht amtlich versichert worden. Was „berechtigzte Bestrebungen“ waren, das ließ sich allerdings nicht genau feststellen — der einen Polizeibehörde galt dies, der anderen jenes für berechtigt oder unberechtigt. Jedoch in Bezug auf einen Punkt kam im Laufe der Zeit eine Art von Uebereinkunft zu Stande: nämlich daß die Fachvereine nicht unter das Sozialistengesetz fielen.

Die sächsische Regierung, für welche die Frage zuerst brennend wurde, entschied sich in diesem Sinne, und als vor ungefähr anderthalb Jahren die preussische Regierung zu einem Freibzug gegen die Fachvereine aufforderte, trat die sächsische Regierung dem entgegen, und man einigte sich schließlich dahin, die Fachvereine bis auf Weiteres in Ruhe zu lassen.

Das Damaskeschwert war aufgehängt, und die Herren in Berlin warteten nur auf einen günstigen Moment, um den Faden zu durchschneiden. Ran wollte die Fachvereinsbewegung noch etwas erstarren lassen, um

Die Armeelieferungen, die Rationalgüter und die Kaffignaten, das waren die Gewässer des finanziellen Ozeans, in welchem sich nach dem Thermidor (Sturz der Jakobiner) und während des Direktoriums die Haiische des Agio tummelten.

Den Reigen hatten die Lieferanten eröffnet, die man auch Ris-pain-jel (Reis-Brot-Salz) nannte und unter denen wir eine große Anzahl späterer Börsengrößen finden. Voran der Abbé d'Espagnac, der gelegentliche Spießgeselle des „berühmten“ Diplomaten Talleyrand. Nur ein Faktum anzuführen, sei erwähnt, daß d'Espagnac der Firma Nasson u. Cie die Lieferung von Fuhrwerken, die er vom General-Dumouriez erlangt hatte, um den Preis von zehntausend Franken pro Tag verpackete.

Benjamin Jakob verkaufte der Apennines das Fleisch nicht unter dem doppelten Preis, den es auf dem Markte hatte: 17 Soldi anstatt 17 Solbi. Das war noch ein bescheidener Räuber, der sich infolgedessen auch nicht so schnell bereicherte, als beispielsweise der berühmte Duvard. Dieser große Mann konnte im Jahre 1804, ohne seinen Kredit zu erschüttern und ohne gewannen zu sein, die feste à la Lubin XIV., die er in Le Raincy gab, einzustellen, folgende Besigungen verlieren: die Ländereien von Breully und d'Asy mit einem Forst von 7000 Hektar, die Domänen von Chateaufort, St. Gratien de Billaubry, St. Germain, Luciennes, die Hälfte von 84 Postgütern in der Umgebung von Köln, welche pro Jahr 600,000 Fr. Pacht einbrachten, eine ganze Anzahl von Häusern in den elegantesten Vierteln von Paris u. s. w.

Einem Manne von so erbäberner — Geschicklichkeit konnte es natürlich nicht fehlen, in der Person seiner Angehörigen in den höchsten Ansehen aufgenommen zu werden. So wurde Fraulein Duvard ebenso selbstständig Gräfin von Rochefoucauld, als später die Tochter des Juden Mirès Fürstin Rolliganc u. s. w. Der Historiker Michelet schildert den „König der Ris-pain-jel“ mit folgenden Worten:

„Duvard, der geniale Spekulant, fiel oft und erhob sich immer wieder, bis sein wechselndes Glück die Oberhand behielt. Er war ein Mann, der nie um einen Ausweg verlegen war, und von einer Kühnheit ohne Gleichen. Barras, sein intimer Freund, hatte ihm die rühmliche Ehre erwiesen, ihm die famose Lallien abzutreten. Duvard schlug sie erst mit den Worten aus: „Ich bin dazu nicht reich genug.“ Hinterher aber überlegte er sich, daß nichts seinen Kredit mehr heben würde als der Erwerb einer so kostspieligen Schönheit. Die Abtreibung erfolgte voll aller Welt in der Oper, und die Wirkung fiel nach Wunsch aus. Duvard's Aktien stiegen.“

Sollot, ein ebenso mächtiger „Ris-pain-jel“, war stark genug, später den achtzehnten Brumaire (Staatsstreich Bonaparte's) zu kommanditieren und genalzig zur veralteten Erbschaft des großen revolutionären Republik bezutragen. Indem sie mit gewaltigen Griff das alte Festland von Europa durcheinander rüttelte, hatte die französische Republik aus Blut und Flammen, auf den Ruinen des besiegten Absolutismus und Feudalismus die politische Freiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz aufsteigen lassen — Ursache genug, sich den Hab der Finanzfeudalität vorzuziehen. Er ward ihr in dem Maße zu Theil, daß sie an ihm zu Grunde ging. Der unheimliche Korke gab ihr den Rest.

Feuilleton.

Die Agiotage unter der großen französischen Revolution.*)

(Aus der „Révue socialiste“.)

L.

Die Wirtschaftspolitik der Revolution kündigte sich im Jahre 1789 an mit der Aufhebung der (Steuer-) Verpachtungen und der Regien. Der Verkauf von Salz und Tabak wurde freigegeben, und damit nahm der Bruch mit der früheren fiskalischen Verwaltung seinen Anfang. Die Generalpächter, von Ludwig XIV. eingeführt, um die Schulden des „großen“ Monarchen zu bedecken, waren so unpopulär, daß das Volk eine exemplarische Bestrafung derselben verlangte. Die Unterjochung dauerte bis 1793, wo der Konvent sie beschleunigte. Unter der Leitung der Konventsmitglieder Jacq und Dupin, der letztere ein ehemaliger Steuerbeamter, kam die Unterjochung sehr schnell zu Ende. Am 23. November 1793 lief Bourdon de l'Orse in Erwiderung auf einen Bericht des Finanzkomites:

„Jetzt spricht man zum zwanzigsten Mal von den Generalpächtern. Ich verlange, daß diese Blutigeln am Selbstkörper verhaftet werden, und daß der Konvent sie, wenn ihre Rechnungen nicht binnen Monatsfrist erledigt sind, dem Schwerte des Gesetzes übergebe.“

Das war der Donner, der den Sturm ankündigte. Tags darauf ward ein Verhaftungsbeschuß erlassen, und bald sahen 34 Generalpächter in dem ehemaligen Steueramtsgelände, rue Grenelle-St. Honoré. Der Präsident der Pariser Verwaltung, Dufour, war im Verein mit Jacq und Dupin mit der Ausführung beauftragt worden.

Der Bericht, den Dupin dem Konvent vorlegte, war vernichtend und empfahl Verweisung vor das Revolutionstribunal. Diefelbe wurde beschloffen und die Angeklagten in die Conciergerie übergeführt.

Sie erschienen am 7., 10., 13. und 31. Mai und am 23. Juli 1794 vor dem gefährdeten Gerichtshof. Fouquier-Tinville forderte und erlangte Todesstrafe, die schon am nächsten Tage vollzogen wurde. Leider befand sich unter diesen 34 Generalpächtern der große Chemiker Lavoisier, der im Jahre 1789 eine Generalpacht angenommen hatte, um die Kosten seines Laboratoriums zu bestreiten. Auch er fiel der allgemeinen Enttückung zum Opfer.

Aber nicht nur gegen die Generalpächter richtete sich die neue Wirtschaftspolitik. Gerade als sie im Begriff war, wieder aufzublühen, ward die Agiotage unanfs von der Revolution gepackt worden, und namentlich seit dem Sturze des Königthums. Die Pariser Börse, sagte Clavière im Februar 1793, hat nichts, was zu ihrem Gunsten spricht. „Gescheber, schießt die Börse, und die Republik wird Euch dafür dankbar sein; denn der Handel in öffentlichen Werthen wird sich wie der der Wechsel voll-

*) Unter Agiotage ist hier im Allgemeinen die Spekulation in Waaren, Wertpapieren und dergleichen gemeint, die sich nicht auf simplen An- und Verkauf beschränkt, sondern vorzugsweise in Abschließen auf Zeit besteht, bei der Ausnutzung irgendwelcher Umständen, oft künstlich inszenirter Preisveränderungen oder Zerabsetzungen, d. h. der sogenannten Spekulation wüthet. Sie datirt in Frankreich ungefähr seit Anfang des 18. Jahrhunderts, dem Auftreten des genialen Schotten John Law.

um so tiefer ins Fleisch schneiden, einen um so wirkameren Schlag zu können.
Endlich schien der passende Moment gekommen.
Durch einen, vom 19. August d. J. datierten Ukas des „Siegel, Großherzog, Direktor“, in Vertretung des Gr. Landeskommissars für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach, wurde die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, die ihren Sitz in Mannheim hatte, verboten. Der Verein war über ganz Deutschland verstreut und zählte an 6000 Mitglieder. Er hatte sich niemals mit politischer Agitation beschäftigt, im Gegenteil mit peinlichster Sorgfalt sich an allem Politischen, insoweit es nicht reine Fachangelegenheiten waren, zu halten und die Interessen der Metallarbeiter mit ebensolcher Geschwindigkeit vertreten und gefördert.
Als Grund des Verbots werden „sozialistische Bestrebungen, die auf Umsturz u. gerichtet sind“, bezeichnet. Das ist natürlich Schwindel. Solche Bestrebungen waren nicht vorhanden, und die Urheber dieses unzulässigen Gewaltstreicks wissen das auch sehr wohl.
Was unsere Leser sich denken können, ist diese neueste Frucht des Sozialistengesetzes nicht auf badischem Risse gewachsen. Der badische Herzog ist nur ein preussischer Pasha: der Befehl kam von Berlin und in Karlsruhe hat man unterthänigst „Ordnung parirt“, womit aber nicht gesagt sein soll, daß man in Karlsruhe der Arbeiterbewegung grün sei.
Wir wollen uns über diesen schmählichen Gewaltstreick nicht in pathetischen Entschuldigungen ergehen. Wir würden heucheln, behaupteten, überrascht oder entrüstet zu sein. Das Raubthier mordet und raubt, das seine Natur ist — man verwundert, man entrüstet sich deshalb, wenn man schlägt es einfach tot, wenn man seiner habhaft wird.
Der Gewaltstreick lehrt uns auch nichts Neues. Daß die Urheber des Sozialistengesetzes die gesamte Arbeiterbewegung treffen wollten — das mußten wir von Anfang an. Das brauchte nicht erst jetzt gesagt zu werden. Es ist aber gut, daß die Wahrheit wieder ausgesprochen ist und das Sozialistengesetz wieder einmal in seiner ganzen Niedrigkeit enthüllt, ohne das es in der „milden Praxis“ und präventiv wird.
Durch die „milde Praxis“ der letzten anderthalb Jahre hatte Mancher die Illusionen lassen — Mancher hatte zu glauben begonnen, das Sozialistengesetz reiche bloß bis zu einer gewissen, bestimmten Grenze und könne der Arbeiterbewegung einen festen, der Polizeimacht unerschütterlichen „Rechtsboden“ geben.
Diese optimistischen, sanguinischen Gemüthsstimmungen sind durch den unheimlichen Heroicentismus eines Besseren belehrt.
Jetzt gibt's keinen Zweifel mehr: die „milde Praxis“ der letzten Zeit war nur eine Falle, es war das Spiel der Rache mit der Faust. Die deutsche Arbeiterbewegung ist rechtlos — das Sozialistengesetz soll der Strafkammer sein, mit dem nicht bloß die Sozialisten, sondern auch die gesamte deutsche Arbeiterbewegung erpresst werden soll.
Aber — wir sind gegen den Strick gefeilt, und die deutsche Arbeiterbewegung desgleichen.
Und wir danken den Rädern des Mannheimer Metallarbeiterverbandes, daß sie die deutsche Arbeiterwelt durch ein so dräuisches, unabwiesbares argumentum ad hominem über die Natur und die Ziele der heutigen Gewaltthäter aufgeklärt haben und alle Arbeiter, soweit sie Verstand und Ehrgefühl besitzen, in die Reihen der kämpfenden Sozialdemokratie treiben.
Der Ukas von Mannheim stellt die Thatsache fest: die deutsche Arbeiterbewegung ist Eins mit der Sozialdemokratie, und sie ist vogelfrei wie die Sozialdemokratie.
Das ist klar und deutlich — wir akzeptieren mit Bedauern die Konsequenzen.
— Jedem das Seine — nehmen, diese berühmte Höflichkeit des preussischen Kaiserthums, deren Durchführung er seine Entschuldigungen und seine „Gedächtnisse“ verbirgt, kommt jetzt nach innen mit außerordentlichem Eifer zur Anwendung. Von dem Dresdener volkswirtschaftlichen (Kaufmanns) haben wir oben gesprochen. Ein würdiges Seitenstück, an Kleinlichkeit und Niedertracht ihn fast noch überbietend, ist der Ukas, auf Grund einiger Paragraphen des vorläufigen preussischen Landrechts den sozialistischen und fortschrittlichen Abgeordneten die „Diläten“, welche sie während der früheren Reichstagsessionen bezogen, zu entziehen, und den Raub zu Gunsten des Reichstags, genannt Reichstagsfiskus, zu „annektieren“. Natürlich kann sich dieser Raubstreick nur gegen solche Abgeordnete richten, die „Unterrhänen“ des Reichstags sind, und im Bereich des preussischen Landrechts stehen. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, sind uns von sozialdemokratischen Abgeordneten nur die Genossen Daselecker und Heine bekannt, denen Aufforderungen zur Zurückzahlung der empfangenen Diläten und Vorladungen vor die zuständigen Landesgerichte zugegangen sind. Das werden aber unweifelhaft auch die anderen Abgeordneten preussischer Nationalität mit derlei Zumuthungen bedacht werden, und den Reichstagsmitgliedern mit derlei Zumuthungen bedacht werden, welche nach dem Verlaufe der Verhandlungen, sind die Kollegen der Angeklagten, oder wir lieber Angefallenen, meuchlings Angefallenen, namhaft gemacht, darunter u. A. Hasselmann! Mit Recht trägt ein Berliner Blatt: Warum denn Hoff? Außerdem figurirt unter den Belastungszeugen noch Spindler, ein Name, der vergebens in den Verzeichnissen der früheren und gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten gesucht werden wird.
Gerechtigkeit die Chancen des bevorstehenden Prozesses zu ermögen, kann uns natürlich nicht in den Sinn kommen. Es ist eine Justizkomodie, die wir noch selten dagesehen, und zu der sich, außer in Deutschland, kein Gericht hergeben hätte. In y a des juges an Prussia — und auch in Berlin werden sich erforderlichen Falls die gemüthlichen Exemplare finden, damit das alte Sprichwort sich vollständig erfüllt: In y a des juges à Berlin! (Es gibt Richter in Berlin!)
Aber „angeklagt“ Genossen werden auf die Posten nicht näher eingehen, als absolut unerlässlich ist. Sie werden den Ehrenmännern von Reichstagsmitgliedern erklären, daß der Reichstag für sie nicht nur ein Verhör und wahrhaftig nichts Besseres ist als eine einfache Volksversammlung, daß sie zu agitatorischen Zwecken während der Session in Berlin sind, und daß sie für diese, und für jede andere agitatorische Thätigkeit im Dienste der Partei eine kleine Entschädigung erhalten — und zwar, da wir der parlamentarischen Thätigkeit keine allzuhohe Bedeutung beilegen, eine etwas kleinere als für sonstige Agitation.
Das — es ist ganz unmöglich, die Sache ernsthaft zu behandeln. Das Ernsthafte daran ist bloß, daß Solches überhaupt möglich ist und daß der „geniale Staatsmann“, in dessen Händen sich leider noch die Schicksale Deutschlands befinden, auf derartige Allotria verfallen und sie zu Haupt- und Staatsaktionen machen konnte. Das riecht schon deutlich nach Cäsarenwahnsinn.
Und noch Eins: es ist eine notorische Thatsache, daß alle Parteien ohne Ausnahme, namentlich auch die konservative und die nationalliberale, also die beiden Regierungsparteien, ihren Reichstagsabgeordneten Diläten ausgehändigt haben und auszuhandeln pflegen, da sie nicht die nötige Zahl von Abgeordneten erlangen würden. Es ist eine notorische Thatsache, daß nur eine einzige Minderheit der Reichstagsabgeordneten keine Diläten empfängt: wie kann unter diesen Umständen die Rückzahlung der Diläten ausschließlich von sozialdemokratischen und fortschrittlichen Abgeordneten gefordert werden? Es ist das eine Parteilichkeit, so flagrant und so schamlos, daß wir mit gutem Gewissen sagen dürfen: keine andere „Kera“ wäre dieser monströsen Schamlosigkeit fähig gewesen — keine, außer der Kera Schwemninger!

die 9. August Gegenstand eines Kongresses gewesen. Wir lesen darüber in deutschen Zeitungen:
„Som 7.—9. August hat im Rathhaus zu Antwerpen unter der Regide des Finanzministers Bernaert, des Bürgermeisters de Maet und des Senfer Professors Raville ein internationaler Kongress für verhältnismäßige (proportionelle) Vertretung stattgefunden. Es waren Delegirte von belgischen, französischen, schweizerischen, italienischen und deutschen Reformvereinen der bezeichneten Länder erschienen. Außerdem nahmen an den Verhandlungen einige Holländer, sowie ein Herr aus Heidelberg Theil. Man beschloß sich am ersten Sitzungstage mit den gegenwärtig gebräuchlichen Repräsentationsystemen und am zweiten hielt man einen Rückblick auf die auf diesem Gebiete zu Tage getretenen Reformbestrebungen.
In der letzten Sitzung wurde nach eingehender Diskussion schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Der internationale Kongress für verhältnismäßige Vertretung beschließt:
1) Die absolute Nothwendigkeit der Freiheit der Wähler, fordert den Verzicht und die Korruption heraus und kann die Nothwendigkeit der Vertretung der Minderheit des Wahlkörpers geben;
2) die verhältnismäßige Vertretung ist das einzige Mittel, der wahren Mehrheit die Macht, den Minderheiten die Kontrolle und allen Parteien Gruppen des Wahlkörpers die richtige Vertretung zu sichern;
3) zur Feststellung der Bedürfnisse eines jeden Landes bezeichnet das System der konstanten Listen mit einer Vertretungszahl einen bedeutenden Fortschritt gegenüber den bisher vorgeschlagenen Systemen und schafft einen praktischen und strengen Modus, die verhältnismäßige Vertretung zu verwirklichen.“
Unsern Lesern ist diese Wahlmethode, die in der Parteipresse wiederholt besprochen wurde, zu wohl bekannt, als daß wir es nötig hätten, in Einzelheiten einzugehen. Genug, daß nach dieser Methode der gesammte Wahlkörper ein organisches Ganzes bildet, das nicht in einzelne Wahlfreie zerfällt; daß die verschiedenen Parteien nach Listen wählen, d. h. auf einem Wahlscheitel ihre verschiedenen Kandidaten präsentieren; und daß die Zahl der Mandate auf die verschiedenen Listen je nach der Zahl der Stimmen, welche sie auf sich vereinigt haben vertheilt wird.
Diese Wahlart, die mit dem französischen Listensystem nicht verwechselt werden darf — dasselbe beruht nicht auf der Einheit des gesammten Wählerkörpers — ist unzweifelhaft die praktischste und gerechteste, welche man sich überhaupt denken kann. Und wenn einmal Volksvertretungen gewählt werden müssen, so ist jedenfalls das Proportionalsystem die beste Wahlart.
Indes, man darf derartige Formalien nicht überschätzen. Unter den heutigen sozialen und politischen Verhältnissen ist eine getreue Volksvertretung nicht möglich, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil keine freie und unabhängige Wahl möglich ist. Erst in einer Gesellschaft, die keine soziale und keine politische Abhängigkeit kennt, kann von einer freien Wahl und einer getreuen Volksvertretung die Rede sein.
Die Proportionalvertretung ist also heutzutage eigentlich nur ein frommer Wunsch und eine harmlose Spielerei. Wäre es anders, so würde der belgische Finanzminister, ein Bourgeois comme il faut, sich nicht das Vergnügen gestattet haben, den Antwerpen Kongress mit seiner Gegenwart und Gönnerschaft zu beehren.
— Rational und sozial. Anlässlich des nunmehr offen zu Tage getretenen Konflikts zwischen Michael Davitt und den Führern der irischen Nationalpartei sagt die „Justice“:
„Die Angriffe der irischen parlamentarischen — alles nur hübsch parlamentarisch — Partei gegen Michael Davitt nehmen an Heftigkeit zu. Diese Bourgeoisführer, die mit Ausnahme von Justin McCarthy ihr ganzes bisheriges politisches Ansehen geschickten Intriguen verdanken, können es nicht ertragen, sehen zu müssen, daß ein Volksmann mit echtem, dem Wohl des Volkes gewidmetem Programm vor die Front tritt.
„Wir leugnen nicht, daß die irischen Parlamentarier seinerzeit manches Gute bewirkt haben; jetzt aber entwickeln sie sich zu eigenmächtigen Reaktionsären, und es ist hohe Zeit, sie zur Rechenhaftigkeit zu ziehen.
„Herr Parnell war nie ein Demokrat oder ein Volksmann, und er wird es nie sein. Er ist zweifellos ein Nationalist, aber das sind Lord Salisbury und Herr Bismarck auch.
„Michael Davitt und seine Anhänger haben erkannt, daß das armselige Projekt auf Schaffung eines irischen Bauernstandes lediglich den Grundbesitzern und Geldleuten zu Gute kommen wird. Und daher ireten sie für Rationalisierung des Grund und Bodens und für die Forderungen der Arbeiter ein.
„Irlands Unabhängigkeit oder auch Selbstverwaltung (Home Rule), wie sie auf dem Programm der irischen parlamentarischen Partei figuriren, bedeutet für die Masse des Volkes nur eine jammervolle Enttäuschung, wie sie das arme Italien an sich erfahren hat.“
Das stimmt, wie man sieht, mit allem überein, was wir seit Jahren mit Bezug auf die irische Bewegung geschrieben. Die rein nationale Richtung muß in einem gegebenen Moment reaktionär wirken, weil sie die politische und soziale Lage verkennt, und, wenn nicht ausschließlich die Vertreter der privilegierten Klassen, so doch mindestens die vornehmsten Elemente in den Vordergrund drängt.
Der Hinweis auf Italien ist in mehr als einer Beziehung zutreffend. Der italienische Unabhängigkeitskampf hat in der italienischen Bourgeoisie eine Klasse zur Herrschaft gebracht, welche die Ausbeutung der Arbeiterklasse ihres Landes mit einer Raffinirtheit und einer Rücksichtslosigkeit betreibt, die alles, was die Fremdherrschaft früher leistete, weit in den Schatten stellt. Ein genauer Kenner der italienischen Verhältnisse, ein Freund Garibaldi's, also keineswegs ein Gegner der italienischen Unabhängigkeit, erklärte einmal, daß das arme Landvolk in der Lombardie sich oft die österrreichische Herrschaft zurückerkämpft; so schamlos wie heute seien sie damals doch nicht gedrückt und misshandelt worden. Ganz natürlich, der Fremdherrscher mußte auf die Volkswaffe immerhin etwas Rücksicht nehmen, der Ausbeuter von heute braucht das aber nicht, er schändet ja seinen armen Landsmann im „nationalen Interesse“.
Diese Erfahrung darf uns nun nicht veranlassen, über jede nationale Bewegung voreilig den Stab zu brechen. Das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. So lange ein Volk national unterdrückt ist, vermischen sich die sozialen Gegensätze, die in seiner eigenen Mitte herrschen, weil die Augen aller zunächst auf den Fremdherrscher fallen. Die nationale Frage muß in irgend einer Weise gelöst sein, doch eine gesunde soziale Bewegung möglich sein. Nicht die Aufgabe der Dörrreiferen würde das lombardische Landvolk aus seiner wirtschaftlichen Nothlage befreien, sondern die Verjagung der Oesterreicher hat freie Bahn geschaffen zwischen dem italienischen Ausbeuter und dem italienischen Proletariat.
Was wir zu bekämpfen haben, ist der nationale Hundstau, der zu dem Zweck betrieben wird, dem Volk Sand in die Augen zu streuen.
— Glücklich Hartwig! Wir meinen den Dresdener Hartwig, dem das Papier gefährlich zu sein scheint: im Reichstag das „bunte Papier“ von Japan; und vor Gericht das bedruckte Papier der „Dresdener Nachrichten“. In Bezug auf letzteres — wie unsere Leser sich erinnern werden — erkannten die Richter von Dresden, es sei mit verdrehten Stillübungen des Herrn Hartwig bedeckt gewesen, und „erkannten“ dann weiter, Herr Hartwig habe dafür vierzehn Tage zu „sitzen“. Für das „bunte Papier“ wird er nicht bestraft — vermutlich, weil das „bunte Papier“ eine Lüge gewesen, wohingegen das mit den Stillübungen des Herrn Hartwig „bedruckte Papier“ der „Dresdener Nachrichten“ zufällig die Wahrheit enthalten hatte. Und im Reich der Götter und frommen Sitze, wie überhaupt in unserer modernen Mustergesellschaft und unseren modernen Musterstaaten ist die Wahrheit doch ein strafbares Verbrechen — vielleicht das strafbarste von allen.
Genug — der Ordnungsmann Hartwig, Schlichter des wehmüthigen Kärners, war für seine Unvorsichtigkeit, ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesagt zu haben, mit zweifelhafte Gefängnisstrafe belegt worden; und zwei Wochen lang „brunnen“ ist kein Vergnügen — sagte sich der bunte-Papier-Mann. Welche Schritte er that, welche Künste er springen ließ, um die bösen zwei Wochen los zu werden, das ist den Lesern im frischen Gedächtnis.
Eine Zeit lang war Alles unsonst. Der Dresdener Stadtrath, den unser Hartwig durch sein indiskretes Aussprechen der Wahrheit so schändlich beleidigt hatte, schloß kein menschliches Können und weigerte sich, ein

Gnadengesuch an den König der Sachsen zu richten. Und er hat sich auch nicht erweichen lassen. Aber zu guter Letzt erlaubte doch ein Reiter in der Roth, oder gar ihrer drei: Herr Raugold, der famose Landgerichtspräsident und Sozialistenhater, rottete sich mit dem weisheitlichen Kärnermann und dem philanthropischen Generalstaatsanwalt Held zu einer „Deputation“ zusammen, welche sich zu dem König begab und auch einen vollständigen Erfolg hatte. Dank der Einmischung des braven Trifoliums, das die Blätter des deutschen Reichthums, des deutschen Bürgerthums und des deutschen Staatsanwaltsfonds in glücklicher Mischung repräsentirt, wurden von dem gnädigen König der Sachsen die 14 Tage Gefängnis in eine Geldbuße von 1000 Mark verwandelt — die aus dem konservativen Diktionsfonds bezahlt werden soll. Ja, aus dem konservativen Diktionsfonds. Natürlich heißt das Ding nicht Diktionsfonds und jetzt, nach dem genialen „Diktionsprozeß“, wird auch sicherlich keine Umtausch stattfinden — es ist aber ein Diktionsfonds. Sollten die Staatsanwälte des Herrn Bismarck Näheres zu erfahren wünschen, so brauchen sie sich bloß an unsere Adresse zu wenden; wir stehen gern zur Verfügung.
„Begnadigt“, jubelt Bierig in den „Dresdener Nachrichten“. „Begnadigt! Die frohe Kunde drang vorgestern — am 19. dies — dem Stadtverordneten Baumeister Hartwig zu.“ Man sieht, die Freude des Bierig war so groß, daß er sein bishiges Deutsch vergessen hat.)
— Die Bewegung unter den deutschen Arbeitern zu Gunsten des von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Arbeiterschutzgesetzes zieht immer weitere Kreise, so daß dieselben den herrschenden Klassen bereits sehr un bequem zu werden beginnt. Wir können an dieser Stelle unmöglich alle Rundgebungen für das Gesetz registriren, hervorheben wollen wir aber, daß auch Orte, welche bisher in den Kreisen der kämpfenden Arbeiterklasse gewissermaßen als verlorenen Posten betrachtet wurden, sich bei dieser Gelegenheit in erfreulicher Weise zu regen beginnen. Diese moralische Rückwirkung auf die juristisch-gelehrten Elemente des Proletariats ist aber von nicht zu unterschätzendem Werth. In ihr liegt bereits ein Erfolg des Gesetzentwurfs. Daß wir die herrschenden Klassen lediglich durch die Güte unserer Argumente bekehren werden, dieser Illusion hat sich noch keiner unter uns hingeeben, wir wissen, daß dieselben nur Argumenten zugänglich sind, hinter denen eine kompakte Macht steht, mit einem energisch ausgesprochenen Willen. Von diesem Standpunkt aus ist daher jede Bewegung entschieden zu begrüßen, welche auf bisher indifferente Arbeiter anfeuernd wirkt, in ihnen das Klassenbewußtsein weckt und fördert.
Als Beispiel für das hier Ausgeführte lassen wir im Nachstehenden einen uns aus Kachen zugegangenen Bericht folgen:
„Am Sonntag den 18. August, Vormittags 11 Uhr, wurde hier in einer im Paulshause (dem ehemaligen Vereinslokal der „Christlich-Sozialen“, ultramontaner Couleur) abgehaltenen, ziemlich gut besuchten Arbeiterversammlung über das Arbeiterschutzgesetz verhandelt und folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die heute am 18. August im Paulshause“ zu Kachen tagende Arbeiterversammlung erklärt sich mit der Einbringung der Arbeiterschutzgesetz-Vorlage seitens der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags vollständig einverstanden; sie drückt der Fraktion für ihr bisheriges Verhalten ihren Dank aus; und fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, in der bisherigen Weise weiter zu kämpfen.
Die Versammlung ermächtigt den Vorsitzenden, diese Resolution an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zu übermitteln.“
„Im Jahre 1871“, jetzt unser Korrespondent hinzu, „wurden drei Arbeiter, welche eine sozialdemokratische Versammlung einberufen hatten, noch fast geprügelt und hinausgeworfen. Es geht vorwärts!“
Und ein weiterer Beweis für die Richtigkeit des Arbeiterschutzgesetzes liegt darin, daß die Polizei anfängt, die Versammlungen zur Besprechung desselben auf Grund des famosen „Umsturzgesetzes“ zu verbieten, wie es jüngst der famose Bürgermeister von Augsburg, Herr von Fischer, gethan. Der edle Sozialistenfresser hat mit seinem Ukas einen unerschütterlichen Beitrag zu dem Thema Reform oder Revolution geliefert. Er hat gezeigt, daß bei ihm und seinesgleichen hier ein Unterschied nicht besteht. Jede ernsthafte Reform, mag sie an sich dem Umsturz noch so entfernt sein, ist in den Augen dieser Leute Umsturz. Die Konsequenz solcher Auffassung der Dinge ergibt sich von selbst.
— In Sachen der famosen Enquete über die Sonntagsarbeit hat man sich nun anstandslos doch entschlossen, auch die organisierten Arbeiter zum Wort kommen zu lassen. An dem schließlichen Resultat wird damit wenig geändert werden, die Fragen sind doch hinreichend gelöst, alle möglichen Momente wohlweislich so gestellt, daß die Regierung aus den Antworten das herauslesen wird, was sie herauslesen will. Und das ist möglichste Schonung der „berechtigten“ — Ausbeuterinteressen, mit anderen Worten: beleihe den Peiß, der gewaschen werden soll, nicht nach machen. Man vergesse nicht, welche rührende Freundschaft zwischen dem großen Sozialreformer und dem reinlich-wirtschaftlichen, den schließlichen S. Schlotjunfern, den schlimmsten unter allen Ausbeutern besteht.
Jammern ist es gut, wenn die deutschen Arbeiter, soweit sie zum Wort kommen, ihrem berühmten „Annali“ ihre Meinung in Fraktur zu erkennen geben. Mag er dann thun, was er will und verantworten kann, die Auaerde wird er dann wenigstens nicht haben, daß die deutschen Arbeiter von dem Verbot der Sonntagsarbeit jetzt nichts wissen wollen.
— Die skandalösen Ausweisungen, mit denen die preussische Regierung in den polnischen Landestheilen gegen die „Ausländer“ vorgeht, fangen an, selbst in den Kreisen Verwirrung zu erregen, welche sonst alle Germanisirungs-Maschinen der preussischen Regierung gutzuheben pflegen. Man kann daraus auf die kolossale Brutalität schließen, mit welcher die Bismarck-Politik in dieser Sache zu Werke geht. Es werden Fälle gemeldet, die Joden, der noch einen Funken von Menschlichkeit im Herzen sitzen hat, auf Tiefste empören müssen. Aber was fragt die Gesellschaft nach Menschlichkeit? Ja will! Das ist das entscheidende Wort bei dem Kanzler des deutschen Reichs. Ja will das Polentum ausrösten, und so fährt er mit seiner brutalen Faust eben so rücksichtslos drehn, wie seiner Zeit beim Kulturkampf, und bei dem Sozialistenaustrittungsgeleit. Der Erfolg wird hier natürlich der gleiche sein wie dort, aber das Elend, welches der Erbdenwahn dieses Mannes über Laufende und Abertausende gebracht, dieses Elend bleibt darum doch das Gleiche. Und darum ist es nötig, daß, wer seine Stimme in der Öffentlichkeit geltend machen kann, die seine Arbeit zum Protest gegen die barbarische Handlungsweise einer angeblich zivilisirten und zivilisirenden Regierung.

Die Annektion der Karolinen-Inseln scheint doch nicht so glatt verlaufen zu wollen, als unsere heißhungerigen Kolonialschwärmer sich eingebildet haben. Die Sache hat in Spanien, wo man ein älteres Anrecht auf diese Inseln zu haben behauptet, fürchterlich böses Blut gemacht und zu erheblichen deutschfeindlichen Demonstrationen geführt. Ist auch nicht anzunehmen, daß es aus diesem Anlaß zu einem Krieg zwischen Deutschland und Spanien kommen wird, so zeigt sich doch hier wieder, wie sehr die Interessen der beiden Völker durch die Kolonialpolitik entgegengesetzt sind. Inzwischen, was kümmert es Bismarck, ob der deutsche Name in der ganzen Welt mit jedem Tage mehr verachtet wird, hat er doch Bismarck's Günst wieder erworben, und die Welt liegt ihm alles auf. So lebe die Krone!
— Wenn das in Preußen passiert! Wir lesen in der „Arbeiterstimme“:
„Der aargauische Obergerichtspräsident Dr. Frei schreibt: „Man ist neuerdings wieder sehr bemüht, mich irgend einer Parteinennung beizuordnen. Ich habe den Grundtag: Präses Alles und das Beste behaltet. Ich habe die Devise: ich habe mich gar keinem verkauft und frage niemals, wer hat etwas gesagt? sondern, was ist gesagt? Jedes Zeitalter hat seine besonderen Bestrebungen. Die französische Revolution errämpfte politische Gleichberechtigung. Unsere Zeit geht einen Schritt weiter und will nicht nur politische Freiheit und politische Gleichheit, sondern ein menschlich würdiges Dasein für den Staatsangehörigen. Man wird diese Tendenz, die ihre Berechtigung hat, nicht todtschweigen und nicht todtschlagen können. Ich schaue vorwärts und nicht rückwärts. Wer rückwärts schaut und nur rückwärts schaut, wird, wie Lots Weib, zur Salzsäule!“
Wenn ein preussischer Richter solche Grundzüge an den Tag legen wollte, wie lange würde er dann wohl noch — preussischer Richter sein?

